

# Bundesrat

Ausschuss für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit  
- Büro -

Berlin,  
Telefon: 01888 91 00 - 230, 235, 231  
oder - 0  
Telefax: 01888 91 00 - 248

U 400

## Niederschrift

# U

der  
244. (politischen Sonder-)Ausschusssitzung

am Donnerstag, 26. Oktober 2006, 11.00 Uhr  
in Berlin, Bundesrat, Saal 1.128

---

### Tagesordnung

Seite:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden,  
Minister Sander (Niedersachsen) ..... 1 - 3
  
2. Vortrag von Prof. Dr. Klaus Töpfer zum Thema  
"Die Renaissance der Umweltpolitik" ..... 5 - 20
  
3. Aussprache ..... 21 - 37
  
4. Verschiedenes ..... 39



# Bundesrat



## Anwesenheitsliste

der  
244. (politischen Sonder-)Ausschusssitzung

am Donnerstag, 26. Oktober 2006  
in Berlin, Bundesrat, Saal 1.128

Vorsitz: Umweltminister Hans-Heinrich Sander  
(Niedersachsen)

Sitzungs-Beginn: 11.00 Uhr

Sitzungs-Ende: 13.00 Uhr

1. Länder		
Land	Amtsbezeichnung	Name (in Druckbuchstaben)
Baden-Württemberg	Ministerin	Tanja Gönner
	Leiterin Kleinräum.	Dr. Petra W. Dornacke
	MR	<del>Stauf</del>
	MR	STAUFF WOLFGANG
Bayern	Minister	M. Umann
	MD	1234
Berlin	StS	M. J. ...
	MA/OK	Reiner ...
	VA	HOSSING
	Angest. RL	PRENGSCHAT STOCK
Brandenburg	ORR	Krause-Kühn
	ORR	Kuhig
	StS	D. ...

Land	Amtsbezeichnung	Name (in Druckbuchstaben)
Bremen	SI	Meyer (UBUNGEN)
	ORP	Schröder
	OR	B
Hamburg	SU	Gündelach
	RD	Peper
Hessen	St. V.	B. Heinz
Mecklenburg-Vorpommern	VAE	K. Mehlhoff
	HR	Meyer Cherow
Niedersachsen	MW	Anders
	Rilke	D. Kuhn
	Pressesprecherin	A. Weyer-Heyl
	LMR'L	Skues
	RD	Nernheim
Nordrhein-Westfalen	Rd.	Schauen
	STB	A. SCHINK
	RL	H. Guss
	Ref.	Gaurid
Rheinland-Pfalz	Tän	M. Conrad
		Mendo-D

Land	Amtsbezeichnung	Name (in Druckbuchstaben)
Saarland	M	MORSBORN
	RV	Lennartz
	MR	Nüch Krah
	ED	Kofman
	Kaufm	JACOBS
Sachsen	AM	H. Ullrich
	MR	Lundt
	VD	Zach
Sachsen-Anhalt	Ref.	Lukas
		A. K. K. K.
Schleswig-Holstein	Ang	B. G. G.
	M	v. Böttcher
	St. v.	Rebel
	MR	G.
Thüringen	SVS	Juckewack

2. Bund				
Dienststelle	zu TOP	Amtsbezeichnung	Name (in Druckbuchstaben)	Telefon
BLN		JHPP	Loy	
WBA		FSC	Müller	
STU		Bundesminister	Jahr	
BMU		Kleinjäger	Kleinjäger	
BMU		Reitz	Bräuer	

Prof. Dr. Klaus Töpfer	
------------------------	--

## TOP 1:

---

### Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Minister Sander (Niedersachsen)

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Gabriel! Sehr geehrter Herr Kollege Professor Dr. Töpfer! Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer 244. Sitzung, die ich hiermit eröffne.

Diese politische Sitzung, zu der ich Sie eingeladen habe, steht in zeitlichem Zusammenhang mit der heute und morgen stattfindenden Umweltministerkonferenz. Der bedeutendere zeitliche Zusammenhang besteht jedoch in einem Jubiläum, das mit dem umweltpolitischen Wirken des Bundesrates verknüpft ist: der Einsetzung des Umweltausschusses vor 20 Jahren, die ich auf besondere Weise würdigen möchte.

Ich freue mich darüber, dass heute drei Personen unter uns sind, die damals an der konstituierenden Sitzung teilgenommen haben. Einer von ihnen ist Herr Staatssekretär Dr. Aeikens (Sachsen-Anhalt), den wir erst darauf hinweisen mussten, dass sich seine Unterschrift in der Anwesenheitsliste des Protokolls findet.

Am 10. November 1986, also vor fast genau 20 Jahren, eröffnete der erste Vorsitzende des Umweltausschusses, gleichzeitig der erste Umweltminister des Landes Niedersachsen, Dr. Werner Remmers, die konstituierende Sitzung dieses kurz vorher eingesetzten Gremiums. Dies war der letzte Baustein einer Abfolge, mit der die Bundesebene institutionell auf die Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl am 26. April jenes Jahres reagierte.

Am 6. Juni 1986 war das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Walter Wallmann - übrigens ein gebürtiger Niedersachse - als erstem Bundesminister in diesem Ressort gebildet worden. Der Deutsche Bundestag beschloss - ebenfalls am 6. Juni 1986 -, einen korrespondierenden Fachausschuss einzusetzen. Auch der Bundesrat fasste den Beschluss - am 27. Juni 1986 -, einen Ausschuss zu bilden.

Nachdem man sich auf Niedersachsen als Vorsitzland verständigt hatte, wurde unter Beibehaltung des im Bundesrat geübten so genannten Erbhofsystems am 17. Oktober 1986 Dr. Werner Remmers zum ersten Ausschussvorsitzenden gewählt. Damit konnte der Ausschuss, dessen Belange, wie sich der eine oder andere von Ihnen erinnern wird, zuvor vom Innenausschuss wahrgenommen wurden, seine Arbeit aufnehmen.

Die Abwicklung der regulären Tagesordnung und die Aussprache mit Bundesminister Wallmann in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses am 10. November 1986 wurden erneut von einer Umweltkatastrophe überlagert. Am 1. November 1986 brach ein Großbrand beim Schweizer Chemiekonzern Sandoz in Basel aus. Tonnen giftiger Chemikalien verbrannten. Mit dem Löschwasser flossen Giftstoffe in den Rhein, mit schwerwiegenden Folgen für die Ökologie des Flusses. Bundesminister Wallmann sah sich statt des vorgesehenen Ausblicks auf die Umweltpolitik der damaligen Bundesregierung mit Fragen der Ländervertreter zu dem Unfall und seinen Folgen konfrontiert. Die Wiederherstellung des vorherigen Gewässerzustandes sowie Entschädigungs- und Überwachungsfragen bestimmten auch in der Folgezeit die Debatte.

Aber man muss klar und deutlich sagen: Es waren nicht die Katastrophen, sondern es waren umweltpolitische Aktivitäten in den Ländern, die die Länder dazu veranlasst haben, die Einsetzung eines Umweltausschusses zu beantragen. Der Antrag auf Einsetzung eines Umweltausschusses wurde bereits am 14. Januar 1986, also drei Monate vor Tschernobyl, in den Bundesrat eingebracht. Mit der Initiative sollte der zunehmende Stellenwert der Umweltpolitik verdeutlicht werden. In den Landtagen waren bereits Umweltausschüsse eingerichtet worden. In nahezu allen Landesregierungen jener Zeit gab es eine Ressortbezeichnung mit dem Begriff "Umwelt", in Bayern, Herr Kollege Schnappauf, sogar seit 1970, also schon 16 Jahre vorher.

Eine Bilanz des umweltpolitischen Beitrags der Länder in der Zeit seit der Bildung des Ausschusses würde den Rahmen dieser Sitzungseröffnung sprengen. Vier Zahlen möchte ich aber nennen, die den statistischen Rahmen der Arbeit des Ausschusses bilden: Seit der Konstituierung haben 243 Ausschusssitzungen und 136 Unterausschusssitzungen stattgefunden. Der Ausschuss befasste sich mit ca. 2 900 Tagesordnungspunkten; bei gut 700 Vorlagen war er federführend.



An dieser Stelle möchte ich in unser aller Namen dem Ausschusssekretariat, Ihnen, Herr Hoffmann, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die bisher geleistete - ich betone - sorgfältige Arbeit sehr herzlich danken.

(Beifall)

Im Zuge der großen Anhörung zur Föderalismusreform haben Sachverständige zu Recht darauf verwiesen, dass wichtige umweltpolitische Impulse in den letzten Jahrzehnten von den Ländern ausgegangen sind. Lange bevor mit Artikel 20a eine Staatszielbestimmung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ins Grundgesetz eingefügt wurde, wiesen Landesverfassungen schon Bestimmungen zum Umweltschutz aus. Für wichtige Umweltgesetze des Bundes sind durch landesrechtliche Regelungen innovative Grundlagen geschaffen und wertvolle Beiträge geliefert worden. Dies wird sich auch durch die Verfassungsreform nicht ändern. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob sich trotz Kritik an Einzelregelungen der insgesamt bundesfreundlichen Ausgestaltung des Umwelteils der Verfassungsreform die gerade hiergegen vorgetragenen Befürchtungen im politischen Alltag tatsächlich bestätigen.

Mit unserer heutigen politischen Sitzung aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Ausschusses würdigen wir auch den bisherigen und überaus wichtigen Anteil der Länder an der Umweltpolitik in Deutschland. Ich freue mich deshalb besonders darüber, dass Sie, lieber Herr Kollege Bundesminister Gabriel, es sich nicht haben nehmen lassen, als Vertreter der Bundesregierung an dieser Sondersitzung teilzunehmen.

Bevor wir fortfahren, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen einen Vorschlag zum Verfahren machen: Diese Sitzung ist gemäß § 37 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates nicht öffentlich. Dies würde aber dazu führen, dass wir sowohl Ihre wichtigen Redebeiträge als auch den Vortrag nicht veröffentlichen könnten. Deswegen bitte ich darum, die Vertraulichkeit der Niederschrift aufzuheben. - Sie nicken. Damit ist so beschlossen.



## TOP 2:

---

### Vortrag von Prof. Dr. Klaus Töpfer zum Thema "Die Renaissance der Umweltpolitik"

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Kommen wir nun zu einem der Höhepunkte unserer Tagesordnung, dem Vortrag von Herrn Professor Dr. Klaus Töpfer!

Herr Professor Töpfer, ich darf mich bei Ihnen im Namen des Ausschusses, aber auch persönlich, sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie unserer Einladung zur heutigen Sitzung gefolgt sind und gleich zu uns sprechen werden. Das Thema, mit dem Sie sich befassen, ist von erheblicher Bedeutung. Es lautet: "Die Renaissance der Umweltpolitik". - Ich darf ergänzen, Herr Bundesminister: Ihre Anmeldung für das Kaminesgespräch geht in gewisser Weise schon in diese Richtung.

Herr Professor Dr. Töpfer, Sie haben nun fast 30 Jahre umweltpolitische Aufgaben auf unterschiedlichen Ebenen wahrgenommen: auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Ich meine, Sie sind wie kein anderer geeignet, die Entwicklung im Umweltbereich in den Jahren seit der Gründung des Ausschusses darzustellen und zu analysieren. Ihre Verdienste in verschiedenen Ämtern im Einzelnen nachzuzeichnen, würde den Rahmen dieser Sitzung sprengen.

Es ist interessant zu sehen, wie eng Sie dem Ausschuss verbunden sind: Zur Zeit der Konstituierung des Umweltausschusses waren Sie als Staatsminister für Umwelt und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz Mitglied des Bundesrates und damit auch dieses Ausschusses. Fast ein halbes Jahr später, am 7. Mai 1987, wurden Sie zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ernannt. Dabei ergab sich erneut eine Verknüpfung zum Bundesrat; denn Sie erhielten Ihre Ernennungsurkunde von dem damaligen Vizepräsidenten des Bundesrates, Herrn Ministerpräsident Späth, in Vertretung des Bundespräsidenten, der sich auf einer Auslandsreise befand.

Nach Ihrem Ausscheiden aus dem Bundeskabinett im Jahre 1998 wurden Sie Exekutiv-Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen; ein Amt, das Sie erst im Frühjahr dieses Jahres an Ihren Nachfolger Achim Steiner übergaben.

National wie international genießen Sie auf dem Gebiet der Umweltpolitik hohe Wertschätzung und Anerkennung. Wir sind Ihnen dankbar, dass Sie uns weiter Impulse geben, wie wir unseren Aufgaben in der Umweltpolitik unter veränderten Voraussetzungen gerecht werden können. Wir freuen uns auf Ihren Redebeitrag und auf die anschließende Aussprache.

Herr Professor Dr. Töpfer, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Vorsitzender, sehr herzlichen Dank für die Einladung, heute hier zu sprechen. Herr Bundesminister! Ministerinnen und Minister der deutschen Bundesländer! Sehr verehrte Damen und Herren! Sie haben Recht: Ich bin der Einzige, der in den vergangenen 20 Jahren in der Umweltpolitik sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene politische Verantwortung getragen hat. Das ist eine sehr schöne Sache.

Wenn ich eingeladen werde, darüber zu sprechen, noch dazu in dieses Gebäude, dann überkommt mich fast ein bisschen Nostalgie. Wir wären heute nicht hier, wenn wir die Umzugsplanung damals nicht etwas verändert hätten.

(Heiterkeit)

Das ehemalige Preußische Herrenhaus, in dem wir heute tagen, ist zu einem der besten Gebäude geworden, die man sich vorstellen kann. Es wurde von dem großen Architekten Schweger aus Hamburg renoviert. Es sollte entweder abgerissen oder in ein sogenanntes Hexagon integriert werden, in dem die Ministerien des Bundes, die ihren Hauptsitz in Bonn hatten, ihre politische Dependance haben sollten. Es wäre interessant nachzuzeichnen, was alles passiert ist. 200 Millionen DM sind damals in dieses Haus investiert worden. Viele waren der Meinung, das sei nicht zu rechtfertigen; es war das Beste, was wir tun konnten. Städte müssen ihre Geschichte in ihren Gebäuden, in ihren Strukturen reflektieren.

Es wäre schlimm gewesen, wenn der ursprüngliche Plan in Bezug auf den Bundesrat realisiert worden wäre. Sie wissen, das Planwerk von Schultes, der das "Band des Bundes" entwickelt und das Bundeskanzleramt gebaut hat, sah ursprünglich vor, auf dem schönen großen Rasen direkt gegenüber dem Reichstag ein neues Gebäude für den Bundesrat zu bauen. Wenn man nichts in seiner politischen Laufbahn geschafft hat, zumindest dies hat man verhindert. Das war

schon etwas. Auch das Gebäude ist eine schöne Erinnerung an das, was man mitgestalten konnte.

Wenn man mit den vergangenen 20 Jahren konfrontiert wird, ist man schnell in der Verlegenheit oder in der Gefahr, sich in Geschichten und Geschichtchen zu verlieren, die man natürlicherweise damit verbindet. Ich habe mir von dem sehr fürsorglichen Sekretariat - ich unterstreiche das, was Sie gesagt haben, Herr Sander - die Minister nennen lassen, die damals tätig waren - das ist etwas Feines; darüber könnte ich genug Geschichtchen erzählen -: in Hessen Joschka Fischer, in Nordrhein-Westfalen Klaus Matthiesen, in Bayern Alfred Dick.

Ich habe mir die Anwesenheitsliste der ersten Sitzung auch daraufhin angeschaut, welche Beamten anwesend waren. Den Älteren unter Ihnen werden die Namen solch legendärer Persönlichkeiten aus dem Bundesumweltministerium noch in Erinnerung sein. Es ist erfreulich zu sehen, wer damals tätig war.

Herr Minister Sander, mir ist in den acht Jahren, in denen ich auf internationaler Ebene tätig war, eines aufgefallen: Man mag in Deutschland viel über Verwaltung und Bürokratie lästern. Nachdem Sie acht Jahre in Afrika waren, freuen Sie sich, wieder mit der deutschen Verwaltung zu tun zu haben. Das steht fest.

(Heiterkeit)

Ich weiß, welch hohes Maß an Stabilität durch solche Persönlichkeiten gewährleistet wird. Angesichts des 20-jährigen Bestehens des Umweltausschusses sollte man nicht nur dem Sekretariat, sondern auch den vielen Mitarbeitern sagen: Das ist eine tolle Sache gewesen.

Rheinland-Pfalz war damals durch Herrn Plaetrich vertreten. Ich war nicht anwesend; ich weiß nicht, was ich damals gemacht habe.

(Heiterkeit)

So viel zur Kategorie Geschichten und Geschichtchen! Man könnte das sicherlich weiter ausprägen. Es gibt einen Hinweis darauf, wie sich Politik in einer offenen Demokratie entwickelt und dass Stabilität selbst in einem so neuen Politikfeld entstehen kann, wie die Umweltpolitik es damals sicherlich war.

Die Umweltpolitik der vergangenen 20 Jahre war durch unterschiedliche Epochen gekennzeichnet.

Sie hat eigentlich mit dem angefangen, was wir Hochschornsteinpolitik nennen. Wir haben die Emissionen nicht verhindert, sondern wir haben die Schornsteine erhöht und die Emissionen damit besser verteilt. Das war die wunderbare Schornsteinformel in der TA Luft, die ich nie ganz verstanden habe. Aber Herr Rebentisch und andere konnten hervorragend berechnen, wie hoch der Schornstein sein muss, um zu einer Unterschreitung von Immissionswerten zu kommen. Es waren alles Aufgaben, die sich fast immer nur auf die Immissionen, nicht auf die Emissionen bezogen. Die gegenwärtige Situation stellt sich deutlich anders dar. Aber z. B. auch Abwasserableitungen ins Meer wurden verlängert. Das war, wenn Sie so wollen, Hochschornsteinpolitik in waagerechter Form.

(Heiterkeit)

Das Zweite war die sogenannte End-of-the-pipe-Technik. Wir haben sehr viel dazu beigetragen, dass Filter eingebaut wurden, dass Abwässer in Kläranlagen gesammelt und gereinigt wurden.

Wir haben also nicht die Entstehung von Problemen verhindert, sondern wir haben die entstandenen Probleme besser behandelt. Wir waren uns immer darüber im Klaren, dass dadurch additive Kosten entstehen und dass Nachrüstungsmaßnahmen besonders teuer sind. Dazu bedarf es rechtlicher Grundlagen. Über die Großfeuerungsanlagenverordnung ist in diesem Zusammenhang heiß diskutiert worden. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Abwasserrechts ist deutlich vorangekommen. Zum ersten Mal gab es Entwicklungen mit Blick auf die Abfälle.

Herr Vorsitzender, Sie haben Sandoz angesprochen. Das ist 20 Jahre her. Wir haben damals in Reaktion auf Sandoz die Frage gestellt: Wer haftet für die Schäden, die z. B. im Rhein entstanden sind? - Wir haben sogar ein Umwelthaftungsgesetz verabschiedet. Bis zum heutigen Tag bedauere ich es extrem, dass dieses Instrument der Umwelthaftung praktisch nicht mehr aufgegriffen wird. Wenn es ein marktwirtschaftliches Instrument gibt, über das nicht diskutiert wird, dann ist es sicherlich die Haftung.

Als ich im Amt war, gab es lange Genehmigungsverfahren; Sie alle kennen das. Damals hat man mir immer gesagt: "In den USA geht es sehr schnell. Dort produziert man schon, wenn wir noch im letzten Genehmigungsverfahren sind." - Nachdem ich in den USA war, habe ich der deutschen Industrie folgenden Vorschlag gemacht: Wir übernehmen die Genehmigungsverfahren der USA, und ihr übernehmt die Haftungsvorschriften der USA. - Von diesem Moment an war die Diskussion beendet. Wenn Sie die negativen Konsequenzen verstaatlichen, dann

müssen Sie andere Genehmigungsverfahren haben, als wenn die negativen Folgen privat, d. h. durch Haftungsregelungen, aufgefangen werden. Letztlich ist die Haftungspolice der Marktpreis für ein eingegangenes Risiko. Dann können Sie optimieren: Gehen Sie das Risiko ein und zahlen mehr, oder ändern Sie es?

Wie gesagt, das Umwelthaftungsgesetz des Bundes ist ein verträumtes Stück Papier. Ich würde mich sehr freuen, wenn man wieder grundsätzlich darüber nachdächte.

Der dritte Schritt war die integrierte Umwelttechnik. Das heißt nicht, die entstandenen Schadstoffe herauszufiltern, sondern es bedeutet, die Entstehung als solche zu vermeiden. Diese Entwicklung ist auf breiter Front in Gang gekommen. Das ist zu einem der großen Exportartikel deutscher Umweltpolitik geworden.

Ich füge einen vierten Schritt hinzu: die Kreislaufwirtschaft. Ich meine, die Kreislaufwirtschaft führt uns die Tatsache vor Augen, dass wir den Begriff "Abfall" endlich aus unserem Sprachgebrauch streichen müssen. Es gilt, dieses Prinzip weltweit voranzubringen. Abfall bedeutet, dass man etwas wegwirft und es nicht mehr nutzt. Ich werde nicht müde, den Sprachgebrauch in der ehemaligen DDR in Erinnerung zu rufen. Dort sprach man nicht von "Abfall", sondern von "Abprodukten". Diese Bezeichnung weist auf die Wiedereinbindung von Rohstoffen in den Gesamtkreislauf hin.

Ich bin erfreut darüber, dass die Idee der Kreislaufwirtschaft in Deutschland entwickelt worden ist. Wir sind dafür weltweit bekannt. Die Begriffe sind unterschiedlich: In Johannesburg haben wir die Bezeichnung "Life Cycle Economy" durchsetzen können; die Chinesen sprechen von "Circle Economy", die Japaner von "3R-Policy - Reduce, Reuse, Recycle". Überall werden dieselben Überlegungen angestellt, weil die Ressourcenfrage sehr bedeutsam ist.

Die Entwicklungsstränge der Umweltpolitik sind von Deutschland immer entscheidend mitgetragen und vorgebracht worden. Sie können sich bis zum heutigen Tage auch in anderen Ländern und in unterschiedlichen Epochen wiederfinden.

Die Umweltpolitik in Deutschland wäre ohne die an vielen Stellen sehr harte - manche meinen: auch unsachliche - Kritik von Nichtregierungsorganisationen nicht vorangekommen. Wir sollten froh darüber sein, dass es bei uns eine breit gefächerte Struktur von Nichtregierungsorganisationen gibt. Wenn man nicht mehr Minister ist, ist es leicht, das zu sagen. Aber im Nachhinein weiß man, dass es hilfreich war, dass man etwas Feuer unter den Stuhl bekommen hat. Diese Unter-

stützung war sehr viel wirksamer als manches Wort, das man im Kabinett selbst sagte. Dies sollte bei einer Gelegenheit wie der heutigen nicht vergessen werden.

Wo stehen wir? Warum habe ich den Mut, dem Vorsitzenden vorzuschlagen, über die Renaissance der Umweltpolitik zu sprechen? Eigentlich sind die Vorzeichen genau umgekehrt. Wenn Sie sich Meinungsumfragen aus den letzten Jahren über die Bedeutung der Umwelt ansehen, dann erkennen Sie, dass die Umwelt in der Rangfolge immer weiter nach hinten gerutscht ist.

Als ich Bundesminister war, Herr Gabriel, stand bei der Frage, welches die wichtigsten Aufgaben seien, denen wir uns gegenübersehen, die Umwelt an erster oder zweiter Stelle. Darüber gab es keine Diskussion. Ihre Bedeutung hat leider abgenommen. Heute stehen neue Aufgabenfelder im Mittelpunkt: Die Bevölkerung macht sich Sorgen, weil die Gesellschaft sehr viel älter wird. Auf Grund des Globalisierungsprozesses fürchtet man Konsequenzen mit Blick auf die Arbeitsplätze. Große Veränderungen im generativen Verhalten, die Gesundheitsproblematik, die Frage, ob sich unsere Gesellschaft spaltet - alles das besorgt unsere Bevölkerung im Augenblick viel stärker als Probleme der Umweltpolitik.

Viele sagen: "Wir sind doch gut dran. Wir haben alles Erforderliche getan. Schauen Sie sich die Situation in Spanien an! Im Vergleich dazu sind wir gut vorangekommen. Wir haben investiert in Kläranlagen und, und, und. Nun haben wir andere Prioritäten." - Und dann spreche ich von der Renaissance der Umweltpolitik!

In den Entwicklungsländern wird zunächst allgemein die Frage gestellt: "Was trägt das zur Lösung der Hauptaufgabe, der Überwindung von Armut, bei? Wie können wir das damit verbinden? Ist die Umweltpolitik nicht ein Luxus reicher Leute, die sonst keine großen Probleme haben? Ist das nicht eine zweitrangige Aufgabe?" - Sie kennen den schönen Satz: Let's be rich at first and clean up later. - Das heißt: erst über die Umwelt subventioniertes Wirtschaftswachstum; danach sind Ressourcen verfügbar, um wieder saubermachen zu können. Alle Akteure in den Entwicklungsländern sagen: "Wir wollen es genauso machen wie ihr. Auch ihr habt euer Wirtschaftswachstum massiv über die Umwelt subventioniert, und als es nicht mehr weiterging oder als ihr das Geld hattet, habt ihr euch den Luxus des Aufräumens geleistet." - Und dann spreche ich von der Renaissance der Umweltpolitik!

Heute leben 6,5 Milliarden Menschen auf der Welt. Pro Jahr kommen 70 bis 75 Millionen Menschen hinzu. Allein dadurch ergibt sich erheblicher zusätzlicher Druck auf die natürlichen Ressourcen. Dieser Druck wird gegenwärtig wesentlich dadurch verstärkt, dass auf Grund der Überwindung der Bipolarität Globalisierung



ermöglicht wird, die es gestattet, dass sich die großen Schwellenländer auf den Weg machen, Armut zu beseitigen. Dies ist in unserem eigenen Interesse. Dabei müssen sie wirtschaftliche Entwicklungsprozesse initiieren. Sie werden genau das tun, was andere getan haben: Sie werden höhere Ansprüche an die natürlichen Ressourcen der Welt stellen.

Die Sondervollversammlung der Vereinten Nationen hat auf ihrer Millennium Assembly im Jahre 2000 die sogenannten Millennium Development Goals, die Entwicklungsziele für dieses Jahrtausend, verabschiedet. Das vorrangige Ziel ist die Halbierung der Armut. Das ist eine Armut, die man als bemerkenswert bezeichnen muss. Das Armutskriterium auf der Welt ist weniger als 1 Dollar am Tag. Sie wissen, dass der durchschnittliche Subventionswert in der Europäischen Union für eine Milchkuh 2 Euro beträgt. Dann sagen Sie mal, es sei nicht erforderlich, dass diese Länder Wachstumsprozesse in Gang setzen! Natürlich wollen sie vorankommen, sie wollen wachsen. Sie tun das mit hoher Intelligenz und Nachdrücklichkeit.

Das sehen wir in China, in Indien, in Brasilien und in Südafrika. Man kann diese Aufzählung verlängern. Dass es damit immer noch "pockets of real poverty" gibt, gerade in den am wenigsten entwickelten Ländern Afrikas, Mittelamerikas und Asiens, bleibt unbestritten. Aber man ist auf dem Wege, die Entwicklungsziele für dieses Jahrtausend zu erreichen. Ich wiederhole: Das muss in unserem eigenen Interesse sein.

Wir haben im Prozess der deutschen Wiedervereinigung erfahren, dass es Unterschiede gab. Diese Unterschiede lassen sich stabilisieren, wenn Sie eine Mauer haben, so wie bei einem Stausee. Die Frage ist, was passiert, wenn Sie die Mauer einreißen. Wir waren damals der Meinung, dass es am Ende einen Anpassungsprozess geben wird. Die Mauer, mit der wir es heute zu tun haben, ist das Mittelmeer oder die Entfernung zwischen der afrikanischen Küste und den Kanaren.

Wenn die Entwicklung dort nicht gelingt, werden die Menschen zu der Entwicklung gehen. Das ist die Realität, nicht Science-Fiction, wenn Sie an die Afrikaner denken, die über die Kanaren oder Lampedusa nach Europa kommen. Es muss unser Interesse sein, dass die Entwicklung dort so vorankommt, dass die Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive haben. Dieses Ziel werden wir weder mit Mauern und Stacheldraht noch mit Patrouillenbooten, welcher Marine auch immer, erreichen können.

Dieser Vorgang überrascht uns nicht; er ist notwendig. Wenn Sie eine friedliche Entwicklung auf der Welt wollen, müssen Sie dazu beitragen, dass sich die Unterschiede tendenziell vermindern. Menschen müssen Perspektiven haben; perspektivlose Menschen suchen ihre Chancen in einer globalisierten Informationsgesellschaft an anderer Stelle.

Das bedeutet, dass wir Wachstum zu gestalten haben. Deswegen haben wir natürlich ganz andere Ansprüche an die natürlichen Ressourcen. Wir wissen, dass Wachstumsprozesse im Kern immer auf vier unterschiedlichen Kapitalstöcken aufbauen.

Die meisten denken, es gehe nur um Finanzkapital. Für viele schnell wachsende Entwicklungsländer ist Finanzkapital kein Engpassfaktor. Das gilt etwa für China. Auf Grund seiner Handelsbilanzüberschüsse hat China eine Finanzreserve von mehr als 900 Milliarden US-Dollar. Das Problem ist, wie es diese Mittel reinvestieren kann, ohne die Stabilität der Weltwirtschaft in Frage zu stellen. Verwerfungen könnten es selbst schädigen.

Stiglitz hat Recht, wenn er sagt, dass diese Länder die hochentwickelten Staaten subventionieren. Wie gesagt, China hält mehr als 900 Milliarden US-Dollar zinsfrei. Ohnedies wäre eine solche Verhaltensweise mit einem Budgetdefizit, wie wir es in den USA beobachten, nicht denkbar. Unser Klima wird entscheidend durch Wälder mitsubventioniert, die andere für uns vorhalten.

Die Frage des Finanzkapitals ist im Falle Chinas nicht der "bottleneck" für Entwicklung, für viele Länder in Afrika und in anderen Teilen der Welt, die "pockets of poverty", hingegen schon.

Für die Länder, die uns in besonderer Weise fordern, ist Humankapital nicht mehr der entscheidende Engpass. Ich habe seit kurzer Zeit einen Lehrstuhl in Shanghai. Es handelt sich um eine der Elite-Universitäten. Ich habe auch eine Honorarprofessur in Tsinghua; das ist die Universität in Peking. Dort wird eine hervorragende Ausbildungsleistung erbracht, und zwar qualitativ, nicht nur quantitativ. Es ist zu leicht zu sagen, ein Ingenieur, der dort ausgebildet wurde, habe nicht dieselbe Qualität wie ein Ingenieur bei uns. Das mag zwar an vielen Stellen noch richtig sein, aber die Qualität ist gegeben. Humankapital wird mehr und mehr kein Engpass sein.

Nebenbei gesagt: Das Interesse daran, dass ich dort einen Lehrstuhl übernehme, hat damit zu tun, dass man die Kreislaufwirtschaft einführen will. Man möchte wissen, welche rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, wie man

die Verantwortung der Produzenten verankern kann und wie man eine Veränderung der Konsumgewohnheiten bewirkt.

Ich habe mich früher nicht getraut, in China "changing of consumption patterns" zu sagen, weil ich der Meinung war, das sei eher ein Thema für die hochentwickelten Länder. Das ist aber nicht der Fall. Wir vergleichen Entwicklungsländer immer weniger mit entwickelten Ländern; wir vergleichen vielmehr Mittelschichten miteinander. In China gehören gegenwärtig bereits etwa 200 Millionen Menschen der Mittelschicht an. Das Problem ist, dass unser Lebensstil so etwas wie ein Exportartikel ist und dass sich die Mittelschicht in China in ihren Konsumstrukturen praktisch nicht mehr von jenen bei uns unterscheidet. Es ist ein wesentlicher Punkt, dass die Chinesen fragen, wie sie "changing of consumption patterns" herbeiführen können.

Das Sozialkapital ist sicherlich einer der wichtigsten Engpassfaktoren. Es geht um die Frage von Good Governance und um die Frage der kulturellen Identitäten, des Zusammenhangs in einer Gesellschaft. Das ist ein erheblicher Begrenzungsfaktor für eine stabile Entwicklung.

Sie wissen, dass das Sozialkapital in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Gegenwärtig gibt es zwei Realmodelle: China mit 1,3 Milliarden Menschen und Indien mit 1,2 Milliarden Menschen, zum einen die größte Demokratie der Welt, zum anderen sicherlich keine demokratische Gesellschaft in unserem Sinne, hier eine Gesellschaft mit einer rigiden Bevölkerungspolitik, da eine Gesellschaft ohne jede Bevölkerungspolitik. Gehen Sie davon aus, dass alle Entwicklungsländer genau darauf achten, welche Stabilität solche Entwicklungen haben.

Eines ist, nebenbei gesagt, sehr interessant: In Deutschland spricht kaum jemand von Indien; alle sprechen von China. Suchen Sie einen relevanten Unternehmer in Deutschland, dem Indien wichtiger als China ist. Einen solchen Unternehmer habe ich noch nicht getroffen.

Damit erkennen Sie, wie wichtig das Sozialkapital ist. Hier muss in besonderer Weise eine Kapazitätsbildung erfolgen. Deswegen unterstreiche ich die Bedeutung von administrativen Qualitäten.

Ich nenne schließlich das Naturkapital. Sie werden es mir zutrauen, dass ich eine wunderbare Rede darüber halte, dass wir Verantwortung für die Schöpfung haben und dass dies eine über die materiellen Größen hinausgehende Herausforderung ist. Aber eine Diskussion darüber wird nur dann in Gang kommen, wenn

Sie nachweisen können, dass Investitionen in das Naturkapital einen höheren Return on Investment bringen als jede andere Investition. Ich kann in Kenia niemanden dazu bringen, ein Feuchtgebiet einzurichten, das hohe Bedeutung für dieses Land hat, wenn ich ihm nicht nachweisen kann, dass die Investition in das Feuchtgebiet einen höheren Return on Investment bringt als der Bau eines neuen Dammes. Bisher wird nur der neue Damm berechnet, nicht das Feuchtgebiet.

Millennium Ecosystem Assessment hat erstmals angefangen, diese Ecosystem Services zu quantifizieren und Aussagen darüber zu treffen, was uns ein Feuchtgebiet kostet und was es uns bringt. In Kanada wurde die Umwandlung eines Feuchtgebietes in eine intensiv bewirtschaftete Agrarfläche berechnet. Der Verlust reduzierte sich von 6 000 auf etwa 2 000 Euro. Dass dies Leistungen öffentlich zugänglicher Güter sind, macht das Problem aus.

Wir müssen deutlich machen, dass das Naturkapital für alle wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse absolut notwendig ist. Dies ist eine Grundvoraussetzung.

Wir haben dafür gearbeitet, dass in alle Armutsbekämpfungsprogramme ein Teilbereich "Umwelt" aufgenommen wird. Das geschieht zunehmend. Wir brauchen Umwelt- und Engpassprofile. Wir kommen nicht um klimarobuste Entwicklungsstrukturen herum. Als Bauminister habe ich mich oft mit Städten beschäftigt; das tue ich bis zum heutigen Tage. Das ist eine Aufgabe, die gerade in China von hoher Bedeutung ist.

Die Zukunft der Welt entscheidet sich an der Nachhaltigkeit der Städte. Schon heute leben mehr als 50 % der Bevölkerung in Städten. Die Antwort auf die Frage, ob es uns gelingt, nachhaltige Stadtstrukturen zu schaffen, ist entscheidend dafür, was wir insgesamt erreichen. Das gilt nicht nur für das ferne Ausland; es gilt für uns genauso. Warten wir ab, wie es weitergeht!

Unsere Städte wurden zu Zeiten erbaut, in denen man auf Nachhaltigkeit keinen Wert gelegt hat. Es sind keine Städte, in denen Kontakt möglich ist. Der große Jobst Siedler hat den schönen Satz gesagt: "Der Parkplatz ist wichtiger als der Marktplatz." - Genau darum geht es. Harte Strukturen bewirken Konflikte in der Gesellschaft. Auseinandersetzungen wie in diesem Jahr in Paris werden wir hoffentlich nicht wieder erleben.

Es ist notwendig, den Menschen klarzumachen, dass das Naturkapital unumgängliche und quantifizierbare Beiträge zum wirtschaftlichen Stabilisierungs- und Entwicklungsprozess leistet. Wir sehen das Problem, dass die Nutzung deutlich zugenommen hat, und man fragt sich, wie lange das noch möglich ist.

Die erste Antwort darauf ist immer: "Dafür brauchen wir bessere Techniken. Wir müssen mehr entkoppeln, wir müssen Effizienzen verändern, um mit demselben Anteil an Ressourcen wesentlich mehr Energie erzeugen oder Rohstoffe gewinnen zu können." - Dies ist ohne Zweifel eine der faszinierendsten Möglichkeiten unserer Gesellschaft. Weil Deutschland ein technologisch führendes Land ist, muss es Lösungen dafür aufzeigen, dass das Naturkapital nicht zu einem begrenzenden und Konflikte schaffenden Problem wird. Das ist eine Herausforderung.

Auf Grund des Fortschritts der technologischen Entwicklung haben viele Menschen, gerade Menschen in den hochentwickelten Ländern, Sorgen hinsichtlich der Konsequenzen der Technologie. Ich füge als Fußnote hinzu: In der damaligen Zeit haben wir - viel mehr als heute - Kategorien wie das "Prinzip Verantwortung" von Hans Jonas herangezogen. In Principle 15 der Rio-Prinzipien haben wir zum ersten Mal das Precautional Principle fixiert: Auch wenn keine vollständige wissenschaftliche Sicherheit gegeben ist, muss gehandelt werden, falls große Probleme zu befürchten sind.

Ich hatte jüngst in München Gelegenheit, über dieses Thema zu sprechen. Dieser Fragestellung können und sollten wir nicht ausweichen. Eine technologische Lösung ist ein Ansatz.

Der zweite Ansatz ist: Bisher haben wir wirtschaftliches Wachstum, wie ich am Anfang sagte, massiv über Naturkapital subventioniert. Wir haben in Naturkapital nicht reinvestiert. Das belegen die offiziellen Zahlen aus China, die der stellvertretende chinesische Umweltminister veröffentlicht hat: 3 % des chinesischen Bruttosozialprodukts entfallen auf Umweltkosten. Professor Dasgupta in Cambridge hat die reale Wachstumsrate Chinas ausgerechnet, wenn Reinvestitionen ins Naturkapital erfolgen. Er kommt zu deutlich höheren Verminderungen der Wachstumsraten. Auch der Vizeminister sagt deutlich, die Zahlen unterschätzten die Tatsachen. Er geht davon aus, dass sich die Konsequenzen für die Umwelt bis zum Jahr 2020 bei einer Status-quo-Prognose vervierfachen. Das ist für uns wiederum nicht uninteressant; denn bei 1,3 Milliarden Menschen geht es um globale Konsequenzen, die sich sehr deutlich auch auf uns auswirken werden.

Wir erleben gegenwärtig bereits einen Klimawandel. Herr Bundesminister, ich begrüße es sehr, dass wir uns ernsthaft Gedanken darüber machen, wie wir Anpassungsprozesse bei uns und global in Gang setzen können. Ich habe schon an anderer Stelle gesagt: Glauben Sie nicht, in Nairobi werde vornehmlich von "mitigation" des Klimas gesprochen; dort ist von "adaptation" die Rede. Die

Afrikaner wollen wissen, was wir tun, damit sie die Folgen des Klimawandels, denen sie ausgesetzt sind, beherrschen können.

Der Klimawandel hat nichts mit China und Indien zu tun, sondern ist schlicht und einfach Folge unseres Industrialisierungsprozesses. Weit über 85 % des Anstiegs im CO<sub>2</sub>-Bereich der Atmosphäre ist auf das Verhalten der hochentwickelten Staaten von der Vergangenheit bis zum heutigen Tage zurückzuführen.

Sie dürfen nicht übersehen, dass die Emission an CO<sub>2</sub> bis zur Stunde kostenlos möglich ist. Mittlerweile gibt es das Instrument des Handels. Zum ersten Mal kommt ein Preis ins Spiel. Das ist allein schon deswegen gut, damit die Menschen wissen, dass Leistungen der Atmosphäre bezahlt werden müssen. Die Atmosphäre ist der Auffangbereich, aber, wie wir wissen, nicht nur diese. Das hervorragende Gutachten des Rates für globalen Wandel über den Zustand der Meere unter der Überschrift "Zu warm, zu sauer, zu hoch" zeigt, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu einem Drittel im Meer gespeichert werden mit der Folge, dass dort Versauerungsprozesse eintreten.

Es ist ohne jeden Zweifel klar, dass der Entwicklungsprozess der hochentwickelten Länder die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre ausgeschöpft hat und dass jede weitere Entwicklung heute mit einem Klimawandel bezahlt werden muss.

Die Vertreter der Entwicklungsländer erklären: "Ihr könnt doch nicht sagen, die Flasche ist voll. Dummerweise haben wir sie genutzt. Ihr kommt zu spät. Deswegen müsst ihr dafür bezahlen." - Es muss also eine Regelung getroffen werden, die das aufgreift.

Beim Schutz der Ozonschicht haben wir es genauso gemacht. Auch damals wurde uns gesagt: "Wir haben die Ozonschicht nicht zerstört. Wir haben noch nie FCKW gebraucht, geschweige denn produziert. Das kommt von euch. Jetzt wollt ihr sie ausschalten, und wir müssen die teureren Produkte bei euch kaufen. Das tun wir nur, wenn ihr gleichzeitig einen Finanzmechanismus dafür zur Verfügung stellt." - Das ist damals getan worden. Es hätte mich fast mein politisches Leben gekostet.

Der Multilateral Fund to protect the Ozone Layer, in Montreal beheimatet, ist die Voraussetzung dafür gewesen, dass Entwicklungsländer wie Indien und China Mitglied geworden sind. Sie lassen sich die additiven Kosten des Umstiegs auf eine andere Technologie von uns bezahlen. Wir werden nicht daran vorbeikommen, solche technologischen Zusammenarbeitsprozesse in Gang zu setzen. GEF, Global Environment Facility, arbeitet exakt auf derselben Grundlage. Daraus sollen die

additiven Kosten des Gebrauchs der Umwelt bezahlt werden. Die Auffüllung von GEF ist weit davon entfernt, zufriedenstellend zu sein.

Auch in vielen anderen Bereichen gibt es vergleichbare Entwicklungen, etwa bei der Artenvielfalt. Ich bin fest davon überzeugt, Herr Bundesminister, dass wir im Jahre 2008 eine große Chance haben, COP 9 zu verwirklichen. Die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Convention on Biological Diversity wird in Deutschland stattfinden, was sehr begrüßenswert ist. Auch hier müssen wir uns klarmachen, dass wir das berühmte Ziel "2010" nur erreichen können, wenn wir einen Zahn zulegen.

Es muss deutlich werden, dass die Entwicklungsländer kaum mehr Schutzmaßnahmen ergreifen werden, wenn sich die hochentwickelten Länder mit Blick auf "access and benefitsharing on genetic resources and indigenous knowledge" nicht bewegen. Die genetische Vielfalt kann gegenwärtig kostenlos genutzt werden, ohne dass Beiträge zu Entwicklungsprozessen an anderer Stelle geleistet werden. Das ist der Spannungsbogen, mit dem wir konfrontiert sind.

So wie in Nairobi "adaptation" im Vordergrund steht, so werden in Bonn "access and benefitsharing" im Vordergrund stehen. Deutschland als bedeutsames Industrieland hat hier eine wichtige Rolle. Das Einzige, was es gegenwärtig auf diesem Gebiet gibt, sind die Bonner Guidelines, die man weiterentwickeln will.

Hier beobachten wir dieselben Zusammenhänge, die ich beim Thema "Klima" geschildert habe: Übernutzung des Kapitalstocks, keine Reinvestition, Abschmelzung des Naturkapitals. Millennium Ecosystem Assessment kommt zu dem Ergebnis, dass das Naturkapital bereits um rund 40 % zurückgegangen ist. Man könnte sagen: Das war halt der Preis für die Haltung "Let's be rich at first". - Dummerweise haben wir Reichtum oder Wohlstand für die Menschen auf der Welt nicht erreicht. Dennoch sind 40 % des Naturkapitals bereits verbraucht. Auf allen übrigen Gebieten - auf das Thema "Wasser" gehe ich nicht ein - könnte man natürlich ebenfalls sehr deutliche Fortschritte erzielen.

Was also stimmt mich so optimistisch, hier ohne Fragezeichen von einer Renaissance der Umweltpolitik zu sprechen? Ich glaube, die Dinge sind sehr klar. In den schnell wachsenden Entwicklungsländern hat man erkannt, dass der begrenzende Faktor für weiteres wirtschaftliches Wachstum das Naturkapital ist. Das ist eklatant.

Wenn Sie nach China oder Indien kommen, sehen Sie das noch nicht "at grass-roots level". Aber Sie erkennen es in einer Neujustierung von Politik. Eine deutliche Veränderung vollzieht sich auch hinsichtlich der Instrumente dieser Politik. Man

möchte das, was wir über viele Jahre hinweg entwickelt haben, in einem Sprungprozess erreichen. Eine entscheidende Rolle spielen sehr stark marktwirtschaftliche Elemente, die Kreislaufwirtschaft und die technologische Entwicklung.

Man könnte diese Veranstaltung allein mit Ausführungen über dieses Thema füllen. Das möchte ich aber nicht tun, sondern nur darauf hinweisen, dass das Bewusstsein dafür, dass der "bottleneck" in der Größe des Naturkapitals, in den Ecosystem Services liegt, deutlich zunimmt. Die schnell wachsenden Entwicklungsländer kommen zu der Erkenntnis, dass sie nicht mehr so weitermachen können.

Wir haben Ähnliches erlebt. Ich verweise immer darauf, dass Willy Brandt den blauen Himmel über der Ruhr zu Zeiten angekündigt hat, als die Menschen der Meinung waren, es müsse etwas geschehen. Damals konnte selbst Töpfer noch nicht durch den Rhein schwimmen. Als sich die Herausforderungen so massiv stellten, dass man sagen konnte, hier geht es nicht mehr weiter, ist gehandelt worden.

Es gibt in der Tat große Chancen zu handeln. Sie kennen die vielen Milliardenprogramme zur Luftreinhaltung und zur Abwasserreinigung im Chemikalienbereich. In Indien und in China ist eine solche Entwicklung - nur viel dezentraler, nicht so plakativ - in Gang gekommen. Das sehen Sie auch in allen übrigen Entwicklungsländern: In Korea oder Malaysia oder wo auch immer ist ohne jeden Zweifel das Gefühl vorhanden, dass die Subventionierung des wirtschaftlichen Wachstums über die Umwelt nicht fortgeführt werden kann. Das reicht bis hin zu der Erkenntnis, dass Belastungen der menschlichen Gesundheit eine Rolle spielen.

Ich habe den Eindruck, dass diese Erkenntnis zunehmend auch in den hochentwickelten Ländern an Boden gewinnt. Der Film von Al Gore ist ein Kassenerfüller. Al Gore ist in fünf Tagen durch ganz Europa gereist. Er war der Erste, wie er mir sagte, der in der Französischen Nationalversammlung einen Film vorführen und dort sprechen durfte.

Die Menschen sind mehr und mehr besorgt. Sie erkennen an konkreten Ereignissen - Stürme, Trockenperioden, massive Regenfälle -, dass sich das Klima deutlich verändert mit Konsequenzen, die wir kaum abschätzen können. Das brauche ich unter Fachleuten nicht weiter auszuführen. Es ist eindeutig, dass diese Besorgnis heute zunimmt. Die Menschen haben ihr Verhalten und ihre Erwartungsmuster geändert.

Vielleicht kommt das in Umfragen noch nicht zum Ausdruck. Aber vor einem guten Monat, am 19. September 2006, habe ich in der "Financial Times Deutschland" einen Artikel unter der Überschrift "Companies cash in on environment



awareness" gelesen. Die Unternehmen profitieren von einem veränderten Umweltbewusstsein. Keine einzige große Unternehmung ist sich dieser Veränderung nicht bewusst.

Jeffrey Immelt, der Chef des größten Unternehmens weltweit, General Electric, ist in Deutschland einigermaßen bekannt. Dieses Unternehmen hat eine klare Umweltausrichtung seiner Produktpalette in Gang gesetzt, die es, wunderschön, "Ecomagination" nennt. Der Umsatz auf diesem Feld ist innerhalb eines Jahres, von 2004 auf 2005, von 6,2 Milliarden auf knapp 11 Milliarden Dollar angestiegen. Jeffrey Immelt, kein Freak der Umweltbewegung, sagte, es sei entscheidend, "to go green". Es heißt weiter: "Mr. Immelt insisted there were profits to make in the market for goods from wind turbines to energy-saving light bulbs." - Solche Unternehmen tun das nicht, um als Lehrer der Nation Menschen zu erziehen, sondern sie sehen, dass die Nachfrage in diesem Bereich steigt.

Ich will das nicht vertiefen, sondern nur erwähnen, dass aus der Besorgnis, es möge sich vielleicht doch bewahrheiten, was immer wieder gesagt und mit Zahlen belegt worden ist, eine veränderte Umwelterwartung resultiert. Also auch dort eine Renaissance der Umweltpolitik!

Meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, ich bin der festen Überzeugung, dass sich nachhaltige Entwicklung auf diese Art und Weise wieder aus der Ecke des fast inflationär gebrauchten und deswegen inhaltslos gewordenen Begriffs entfernen kann. Ich sage bewusst: Es ist wichtig, eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten.

Nach Überwindung der Bipolarität hat sich gezeigt, dass eine zentral geplante Wirtschaftsordnung offenbar nicht das hervorbringen kann, was wir an wirtschaftlichem Fortschritt brauchen. Wir alle sind der Meinung, dass die Marktwirtschaft das leisten kann. Wir alle - jedenfalls die allermeisten von uns - waren und sind der Überzeugung, dass die Marktwirtschaft allein offenbar Konsequenzen haben kann, die wir im sozialen Bereich nicht akzeptieren wollen. Die zweite Säule der Nachhaltigkeit, das Soziale, ist in unseren Breiten durch die soziale Komponente der Marktwirtschaft geregelt worden. Ich werde nicht müde zu betonen - auch wenn man sich vielleicht keine Freunde damit macht -: Wir brauchen auch für die dritte Säule - die Ökologie, das Naturkapital - eine Position in der Marktwirtschaft.

Eine Übersetzung von nachhaltiger Entwicklung besteht für mich darin, dass wir eine ökologische und soziale Marktwirtschaft brauchen. Damit finden sich exakt die drei Pfeiler der Nachhaltigkeit wieder, die ich Ihnen geschildert habe. Ich sehe

keine Begründung dafür, dass wir alle von den drei Pfeilern der Nachhaltigkeit sprechen, uns aber des Rahmens der sozialen Marktwirtschaft bedienen. Das Ganze muss sich in einer ökologischen u n d sozialen Marktwirtschaft vollziehen. Davon bin und bleibe ich überzeugt.

Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender, dass ich am Ende meines Vortrags eine politische Aussage mache. Aber sich einer politischen Äußerung zu enthalten, dafür ist man zu alt, und vor allen Dingen hat man einen großen Vorteil: Man muss nicht mehr wiedergewählt werden.

Beim nächsten Jubiläum, beim 30-jährigen Bestehen des Umweltausschusses, schicken Sie mir bitte eine Karte, Herr Minister Sander! Ich werde dann wahrscheinlich auf meinem Balkon sitzen und ein Glas Wein aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Baden-Württemberg oder Bayern trinken. - Habe ich ein Land vergessen?

(Zuruf: Aus Hessen!)

- Aus Hessen, ja, sicher!

(Heiterkeit)

Noch einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie mich eingeladen haben und dass ich Ihnen das vortragen konnte, was ich in den vergangenen 20 Jahren als relevant angesehen habe. - Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Töpfer! Ich hoffe, dass Sie nicht nur eine Karte von uns bekommen, sondern zusagen, wiederzukommen. Denn auf Grund des größeren zeitlichen Abstandes, den Sie dann gewonnen haben, und der Lebensweisheit, die bis dahin zugenommen hat, würde es, glaube ich, ausreichen, uns, die wir noch aktiv Politik machen, einiges ins Stammbuch zu schreiben. Insofern war es für uns alle sehr interessant, von Begriffen, die wir alle jeden Tag verwenden, und politischen Ansätzen zu hören, die wir zwar für wichtig halten, aber im Alltagsgeschäft nicht immer bewahren. Nochmals herzlichen Dank!

## TOP 3:

---

### Aussprache

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Ich eröffne die Aussprache.

Herr Bundesminister Gabriel.

Bundesminister Sigmar Gabriel (BMU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Ich darf mich zunächst bei Herrn Professor Töpfer bedanken. Ich finde es ausgesprochen gut - das belegt sein Vortrag -, dass er sich weiter auch in der deutschen Politik engagiert, nicht nur in Form von Vorträgen, sondern auch als aktiver Teilnehmer beispielsweise am Energiegipfel.

Herr Sander hat gesagt: in zehn Jahren; Sie selber sagten: in fünf Jahren. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir in fünf Jahren immer noch hinreichend Grund haben, Sie einzuladen. Außerdem ist meine Erfahrung, dass sich offensichtlich gerade in der Umweltpolitik, aber vielleicht auch in anderen Fragen der Politik eine gewisse Altersradikalität einstellt, die uns gut tut, weil die Distanz zur Folge hat, dass man Dinge präziser beobachtet und nicht so stark in den Versuch eingebunden ist, immer neue Kompromisse zu finden.

Die Umweltpolitik braucht Fürsprecher. Das sollten die Umweltminister sein. Ich weiß, auf Grund unserer politischen Einbindung sind wir das oft nicht. Aber es sind allemal diejenigen, die so lange Erfahrung haben wie Sie. Wir brauchen Leute von außen, die keinen Rabatt geben, die nicht bereit sind, jeden Kompromiss oder jede Notwendigkeit zu rechtfertigen, eine politische Koalition zusammenzuhalten oder Interessenkonflikte auszutragen - nicht nur deshalb, weil sie nicht wiedergewählt zu werden brauchen, sondern auch deshalb, weil sie wissen, dass ein Rabatt dazu führt, dass wir den eigenen Ansprüchen, die wir auf Veranstaltungen wie der heutigen formulieren, oft nicht gerecht werden.

Ich möchte nichts von dem wiederholen, was Herr Professor Töpfer gesagt hat, darf aber auf ein paar Probleme hinweisen, von denen ich meine, dass wir offen über sie reden müssten.

Die Nachrichten der letzten Wochen wurden von zwei herausragenden Presseberichten bestimmt.

Zum einen wurde über den vermuteten Inhalt der Ergebnisse des Intergovernmental Panel on Climate Change berichtet - den Temperaturanstieg um vielleicht sogar mehr als 5 °C statt weniger als 2 °C -, der im nächsten Frühjahr veröffentlicht wird.

Zum anderen konnten wir vorgestern und gestern Berichte des WWF über die Entwicklung der biologischen Vielfalt auf der Welt lesen. Es wird darauf hingewiesen, dass wir weit entfernt davon sind, das Ziel 2010 zu erreichen. Wir haben weltweit verabredet, bis dahin den Rückgang der Artenvielfalt zu verhindern. In den vergangenen 30 Jahren sind 25 % der Arten verloren gegangen, insbesondere in den Entwicklungsländern, in den Schwellenländern, in denen die Artenvielfalt noch sehr groß ist.

Parallel war ich zur Vorbereitung der Präsidentschaft in Europa unterwegs. Das ist die andere Seite, über die ich gerne reden möchte. Ich habe mich unter anderem mit unseren Europaabgeordneten getroffen. Vor einigen Wochen fand eine gemeinsame Sitzung der Umweltminister zur Vorbereitung der EU-Präsidentschaft statt.

Unter den ersten Tagesordnungspunkten haben wir nicht darüber gesprochen, welche kraftvolle Signale wir miteinander aussenden wollen, um darauf hinzuweisen, dass hier ein massives Problem besteht, sondern die erste Debatte sowohl mit Ihnen als auch mit den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betraf die Frage, wie wir die FFH-Richtlinie zurückschrauben können. Ich sage das nicht, um Schuldzuweisungen vorzunehmen. Ich kenne das aus meiner Partei. Glauben Sie nicht, dass es nicht eine Menge Sozialdemokraten gibt, die mit mir zuerst über die Veränderung der FFH-Richtlinie sprechen möchten.

Es ist abenteuerlich, wenn wir auf der einen Seite die dramatische Entwicklung beklagen, bei der wir gefordert sind, um auf der anderen Seite zuerst eine Debatte über die Frage zu führen, ob wir bestimmte Standards oder bürokratische Abläufe in einer Naturschutzrichtlinie verändern müssen. Ich sage damit nicht, dass ich die FFH-Richtlinie und die Vogelschutzrichtlinie nicht für reformbedürftig halte; das ist nicht mein Problem. Die Frage ist, warum wir zuerst auf solche Themen zu

sprechen kommen und warum wir uns nicht intensiver mit den Folgen solcher dramatischen Berichte befassen.

Ich meine, Herr Kollege Töpfer hat Recht, wenn er sagt, aus ökonomischen Gründen ergebe sich die Notwendigkeit einer Renaissance der Umweltpolitik. Aber wenn ich in unser eigenes Land schaue, dann sage ich genauso deutlich: Wir sind noch nicht auf Ballhöhe. Wir sind nicht auf der Höhe der Zeit - in der öffentlichen Diskussion, in der ökonomischen Diskussion und in der politischen Diskussion. Im Wesentlichen stellen wir immer noch andere Themen in den Mittelpunkt. Wir befassen uns mit der Verbindung von Ökonomie und Ökologie nur in programmatischen Reden und bei der Vorbereitung von Grundsatzprogrammen, aber nicht im Alltag unserer Politik. Ich weiß nicht, wie oft in Ihren Landeskabinetten über dieses Thema geredet wird. Ich sage Ihnen: Im Bundeskabinett geschieht dies relativ selten, und wenn, dann haben Sie die Chance, ein paar Minuten Aufmerksamkeit zu erheischen; aber dann beginnt die Unruhe im Saal, weil man sich wieder wichtigeren Themen wie der Gesundheitsreform und der Arbeitsmarktreform zuwenden will.

Ich erwähne das nicht, um zu sagen, das müsse man endlich begreifen, sondern ich richte an uns alle die Frage: Was können wir gemeinsam tun, um die Situation zu verändern? Denn die Beschreibung sowohl der Risiken als auch der enormen Chancen durch den Kollegen Töpfer ist absolut richtig.

Ich war gestern auf der "Entsorga" in Köln. Das ist eine Branche, die eine Riesenentwicklung hinter sich hat. Deutschland wird wegen seiner Abfallwirtschaft und -technologie bewundert. Die Branche boomt und wartet darauf, dass wir im Zuge der Abfallrahmenrichtlinie zu harmonisierten Standards in der Europäischen Union kommen, damit sie sich weiterentwickeln kann.

Ein paar Tage zuvor war ich in der Türkei. Es wird davon berichtet, dass dort zur Erreichung des EU-Acquis im Bereich der Umweltstandards bis 2014 Investitionen in Höhe von 70 Milliarden Euro notwendig sind. Dort tummeln sich im Wasser- und Abfallbereich französische Unternehmen und im Energiebereich amerikanische Unternehmen. Deutschland ist nicht wahrnehmbar. Ich wurde von 50 Unternehmern begleitet; die Türken wollen eigentlich lieber mit uns zusammenarbeiten - Margit Conrad war dabei -, aber wir nutzen diese Chancen nicht.

Alles das, was Kollege Töpfer beschreibt, ist richtig. Aber wir müssen feststellen, dass das Thema in der politischen und in der ökonomischen Diskussion in Deutschland nicht in dem Maße aufgegriffen worden ist, in dem es notwendig

wäre, um die Chance für die Umwelt und die Chancen für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung zu realisieren.

Wir sehen, dass es auch anders geht. Ein Blick nach Großbritannien zeigt, dass beispielsweise das Thema "Klimawandel" Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen dem gegenwärtigen Premierminister und seinem Konkurrenten um das Amt des Premierministers ist. Für David Cameron und Tony Blair ist das Thema "Klimawandel" eines der Topthemen der britischen Politik. Dieses Thema hat die Gesellschaft erreicht. Es gibt Unternehmerinitiativen, die sich dieses Anliegen zu eigen machen und nicht nur social corporate responsibility zeigen wollen, sondern beispielsweise auch nach Möglichkeiten suchen, Technologie zu exportieren. "Carbon Capture and Storage" ist ein großes Thema in Großbritannien; es wird als Chance angesehen.

Dort wird in der kommenden Woche der "Stern-Bericht" vorgestellt, in dem eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern im Auftrag des britischen Premierministers im Rahmen seiner Präsidentschaft den Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und Klimawandel untersucht hat. Bei der Präsentation werden der britische Premierminister, die britische Außenministerin, der britische Schatzkanzler und der britische Umweltminister anwesend sein. Das ist ein Topthema der britischen Politik. Wenn im November der "Stern-Bericht" in Deutschland vorgestellt wird, bin ich gespannt, welche Medien- und personelle Resonanz dies bei uns haben wird. Ich vermute, nicht ansatzweise in der gleichen Größenordnung.

Meine nicht mit einem kurzen Hinweis zu beantwortende Frage lautet: Was können wir gemeinsam tun, um die Problematik stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte zu rücken, und zwar nicht als Katastrophenszenario, sondern als die von Klaus Töpfer beschriebene Chance auf nationale und weltweite Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und auf nationale und internationale ökonomische Entwicklung? Das, finde ich, ist das eigentliche Thema, mit dem wir uns stärker beschäftigen müssten.

Die eine Seite ist, dass die Weltbevölkerung ständig wächst und dass diejenigen, die heute noch arm sind, Gott sei Dank Stück für Stück besser leben wollen. Die andere Seite ist, dass Rohstoffe begrenzt sind. Dies ist sowohl ein ökonomisches als auch ein ökologisches Problem. Die Preise für Zink und Kupfer sind in den letzten Monaten um 200 bis 300 % gestiegen. Wir reden also nicht nur über Energie. Bereits heute werden 25 % des auf dem Weltmarkt angebotenen

Stahls in China verbraucht. Es ist nicht so, dass die deutsche Automobilindustrie und alle übrigen Branchen, die Stahl brauchen, davon nicht betroffen wären. Es ist nicht so, dass uns die Art und Weise, in der die Chinesen ihre Rohstoffe gewinnen, in Zukunft nicht in Probleme bringt. Darauf hat Klaus Töpfer hingewiesen.

Wir reden über 1,3 Milliarden Chinesen und 1 Milliarde Inder; das ist ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung. Die Verdoppelung des chinesischen Lebensstandards bis 2020, den die chinesische Regierung zum Ziel erklärt hat, ist für den einzelnen Chinesen nicht sehr viel, jedenfalls nicht für die Milliarde Chinesen, die nicht in Shanghai oder Peking wohnt. Aber in der Gesamtheit bedeutet eine so dramatische Erhöhung des Energie- und Rohstoffverbrauchs, dass es für die Welt eine Katastrophe wäre, wenn man sich der gleichen Technologien wie in Westeuropa in den vergangenen 50 oder 100 Jahren bedient. Die Chinesen sind an einer Kooperation interessiert mit dem Ziel, anders vorzugehen. Sie sind insbesondere daran interessiert, mit Deutschland zusammenzuarbeiten.

Wie schaffen wir es, diesen Zusammenhang stärker in den Mittelpunkt zu rücken, damit wir auf Ballhöhe kommen? Das gilt nicht für uns Umweltpolitiker. Wir sind auf Ballhöhe; denn wir alle wissen um die einzelnen Themen. Aber wie schaffen wir es, dass die nächste Debatte im Deutschen Bundestag über das Thema "Artenvielfalt" von mehr als 12 Abgeordneten besucht wird? Das sage ich nur, um das Thema "Renaissance der Umweltpolitik" von einer anderen Seite aus zu beleuchten. Ich tue es nicht, weil ich skeptisch bin, sondern weil ich meine, dass wir hinsichtlich unseres politischen Mutes, unserer politischen Kommunikation, unserer Konfliktbereitschaft und unserer Kreativität, Lösungen zu finden, noch ein Stück des Weges vor uns haben. Ich werbe darum, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Wir sollten nur 10 % unserer Zeit auf die Dinge verschwenden, in denen wir im Detail anderer Auffassung sind, und unsere Energie lieber zu 90 % in Vorhaben investieren, in denen wir vermutlich weitgehend gleicher Auffassung sind und bei denen wir miteinander etwas bewegen können.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich wie Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause, aber auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen Dank aussprechen. Ich bin zu jung, um auf eigene historische Erfahrungen zurückgreifen zu können, tue dies aber im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesumweltministeriums, die in den vergangenen 20 Jahren auf vielfältige Art und Weise mit Ihren Kolleginnen und Kollegen zusammengearbeitet haben, und zwar im Ergebnis immer gut.

Ich glaube, dass die Föderalismusreform, die in schwierigen Diskussionen erarbeitet wurde, in Sachen Umweltpolitik aus dem einen oder anderen Blickwinkel heraus sicherlich hätte besser sein können. Aber die Auffassung - insofern stimme ich dem Vorsitzenden ausdrücklich zu -, als sei in der Umweltpolitik alles besser, wenn die Dinge zentral in Berlin oder Bonn geregelt würden, verrete ich schon aus biografischen Gründen nicht. Diese Auffassung hat wenig mit der Realität zu tun.

Ich denke, die Frage, ob wir in den unterschiedlichen Facetten der Umweltpolitik erfolgreich sind oder nicht, hängt am Ende mehr davon ab, ob wir in der öffentlichen Debatte durchdringen und ob wir durch Kreativität und durch das Zusammenbringen von Ökonomie und Ökologie Fortschritte erzielen, als davon, wer in unserem Staat für Details von Regelungskompetenzen zuständig ist.

All die Gefahren, die darin bestehen sollen, dass die Länder jetzt Zuständigkeiten haben, die sie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erforderlichkeitsklausel offensichtlich schon vorher hatten, die ihnen nur rechtlich nicht zugeordnet waren, sehe ich nicht in diesem Maße, jedenfalls dann nicht, wenn wir uns bemühen, politische Zustimmung zu dem zu erreichen, was wir soeben von Klaus Töpfer gehört haben.

Nochmals herzlichen Dank und auf gute Zusammenarbeit! Ob wir beide in fünf Jahren noch hier sitzen, werden wir sehen. Wir wollen jedenfalls alles dafür tun, dass wir selbst oder unsere Nachfolger eine erfolgreiche Bilanz ziehen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Schönen Dank, Herr Kollege Gabriel!

Mir liegen Wortmeldungen von Herrn Kollegen Dr. von Boetticher, von Herrn Kollegen Dr. Juckenack und von Frau Kollegin Conrad vor.

Bitte, Herr Dr. von Boetticher.

Minister Dr. Christian von Boetticher (Schleswig-Holstein): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Herr Professor Töpfer, ich finde vor allem den globalen Aspekt, den Sie eingebracht haben, sehr interessant. Wir Landesminister gucken uns zuerst unseren regionalen Bereich an. Der Herr Bundesminister hat soeben deutlich gemacht, dass zunächst eine Bundessicht herrscht, auch wenn man bemüht ist, über den Horizont hinauszuschauen.



Sie haben deutlich gemacht, dass die Schwierigkeit für die Entwicklungsländer und die Schwellenländer darin liegt anzuerkennen, dass sie einen eigenen Profit haben, wenn sie in Natur investieren. Wir hören in der Tat immer wieder, gerade wenn wir Verhandlungen führen, im Rahmen der WTO und auf anderer Ebene, dass man nicht bereit ist, genau diese Schlussfolgerung zu ziehen.

Die Hälfte der anwesenden Minister ist auch für den Agrarbereich zuständig. Wenn man Verhandlungen über den Zugang zu den Märkten führt, erkennt man, dass der Vorteil anderer Länder darin besteht, dass sie eben nicht unsere Standards haben. Darum habe ich gerade auf dem Sektor Landwirtschaft häufig das Gefühl, dass nach wie vor Druck besteht, sich den Vorteil des Zugangs, den man hat, zu bewahren. Denken Sie an die Herstellung von Zucker beispielsweise in Brasilien oder Thailand! Der Vorteil dieser Länder bei der Erschließung unserer Märkte liegt darin, dass sie andere Sozial- und Umweltstandards haben.

Die entscheidende Frage ist, wie wir es schaffen, Umweltaspekte mit in den Globalisierungsprozess einfließen zu lassen. Alle Wirtschaftsexperten sagen mir: "Wenn ihr den WTO-Prozess damit belastet, dass ihr nicht nur über den Zugang zu den Märkten, sondern auch über Umweltstandards verhandeln wollt, dann brauchen wir gar nicht erst anzufangen. Das scheitert von vornherein."

Auf der anderen Seite kennen wir die Prozesse, die dazu führen, dass Urwälder abgeholzt werden, dass Naturkapital vernichtet wird. Der Marktzugang - ich habe Zucker als Beispiel genannt - lässt sich für die Schwellenländer kurzfristig nur durch diesen Vorteil verwirklichen.

Das ist für mich eine der größten Herausforderungen. Hinsichtlich dessen, was wir vor Ort regeln können, bin ich Ihrer Meinung: Wir werden eine Renaissance erleben, und wir werden einigen Fehlentwicklungen begegnen können.

Im Übrigen, Herr Bundesminister, die Sicherung der Artenvielfalt ist natürlich ein globales Problem. Meine Bilanz für Schleswig-Holstein würde Herrn Töpfer wahrscheinlich Tränen in die Augen treiben; denn eine solch positive Bilanz, wie wir sie heute ziehen, hätte er zu seiner Zeit gerne gehabt. Dort, wo früher ein oder zwei Seeadlerpaare lebten, leben heute 52 Brutpaare. Wir haben früher von 200 Kormoranpaaren geschwärmt; heute gibt es 3 000 Paare. Wo früher vereinzelt Nonnengänse vorkamen, zählen wir heute Zehntausende von Nonnengänsen.

Sie haben globale Probleme geschildert, denen wir uns stellen müssen. Im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung ist die Argumentation in der Tat nicht einfach. Welche Vorstellungen haben Sie in dieser Hinsicht? Welche Rezepte gibt

es, die man in die Problemlösung einfließen lassen kann? Das ist eine wichtige Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen.

Staatssekretär Prof. Dr. Christian Juckenack (Thüringen): Herr Professor Töpfer, es war wunderbar, Ihre Rede zu hören, die uns allen, auch der Umweltministerkonferenz, den Rücken stärkt bei dem Bemühen, das Profil der Umweltpolitik zu schärfen.

Ich möchte das Thema "Ostdeutschland" ansprechen, das in Ihrer Betrachtung nicht vorkam, aber in vielerlei Hinsicht bedeutsam ist. Das Thüringer Parlament hat in der vorletzten Woche damit begonnen, eine Umweltbilanz der vergangenen 16 Jahre zu ziehen - mit einem ernüchternden Ergebnis. Das mag zum Teil daran liegen, dass gleichzeitig über Kürzungen im Bereich der Theater gesprochen wird. Das Thema ist von der Presse schlicht und einfach nicht aufgegriffen worden.

Wir haben mit dem Medium Luft begonnen; die Medien Wasser und Boden kommen ergänzend hinzu.

Es ist betrüblich festzustellen, dass sich ausweislich von Umfragen kaum jemand an die Situation in den frühen 90er Jahren erinnern kann. Heute diskutiert man über Feinstaub, vergisst aber, dass man damals den Dreck mit dem Handfeger vom Fensterbrett kehren musste und in Smogwetterlagen die Städte nicht gefunden hat. Es liegt in der Biologie des Menschen, dass er Schlechtes verdrängt und sich Gutem zuwendet. Aber es ist ein Rückschritt in unserem Bemühen, die Umweltpolitik als einen wichtigen Eckpfeiler darzustellen; die persönliche Wahrnehmung ist entscheidend. Solange die Bedrohung alleine nicht ausreicht, gelingt uns das nicht mehr.

Wir diskutieren heute über Hartz IV und über Demografie. Auch dies ist eine Facette, die ausblendet, dass die Weltbevölkerung nach wie vor explodiert. Aber die unmittelbare Diskussion über Demografie zeigt ein anderes Bild.

Es ist festzuhalten: Solange Nachwirkungen nicht mit Schmerzen und Narben verbunden sind, gibt es dazu keine Politik und keine öffentliche Meinung. Das darf im Umkehrschluss nicht dazu führen, dass Narben bleiben; wir müssen vielmehr einen anderen Weg finden.

Wenn wir Betrachtungen über die Zukunft anstellen und über die Rolle nachdenken, die Deutschland im internationalen Kontext spielt, dann ist es zunächst unser Anspruch, Errungenschaften innerhalb Deutschlands zu transportieren und zu verselbständigen. Der Impuls, der von den Grünen ausgegangen ist, wurde

seinerzeit über die Moral des Gutmenschentums transportiert. Man sollte im Nachhinein dankbar dafür sein. Fakt ist, dass er heute in allen Parteien angekommen ist. Herr Sander ist persönlich ein Repräsentant dafür.

(Heiterkeit)

- Es freut mich, auf Sie verweisen zu können. - Die Grünen sind in Erinnerung geblieben. Sie haben acht Jahre lang eine hervorragende Sonderrolle eingenommen, auch international. Aber auch eine CDU-Regierung ist in der Lage, eine sehr vernünftige Umweltpolitik zu machen.

Meine Schlussfolgerung daraus ist eine konsequente Ökonomisierung aller Betrachtungen. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir haben in einigen Bereichen der Umweltpolitik volkswirtschaftliche Betrachtungen angestellt, beispielsweise indem wir den Flächenverbrauch dargelegt haben. Das ist ein Weg.

Zweiter Punkt. Die Sensibilisierung für diesen Bereich und die PR-Arbeit dürfen nicht nachlassen. Hier müssen wir parteiübergreifend zusammenarbeiten.

Der dritte Punkt betrifft den Bildungsbereich. Wir haben noch kein festgeschriebenes Pflichtfach "Umwelt", sondern es erfolgt eine Aufteilung in die naturwissenschaftlichen Grundlagen. Wir brauchen ein selbstständiges Fach "Umwelt".

Der letzte Punkt bezieht sich auf den Bereich der Nachhaltigkeit. Dieser Begriff wird leider inflationär verwendet und deshalb etwas zerrieben. Ich denke, Nachhaltigkeit ist dann erreicht, wenn man nicht mehr über sie spricht. - Vielen Dank.

Staatsministerin Margit Conrad (Rheinland-Pfalz): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal auch von meiner Seite sehr herzlichen Dank an Sie, Herr Professor Dr. Töpfer, für Ihren fulminanten Vortrag.

Wir kennen uns ziemlich genau 20 Jahre. Es ist unglaublich spannend, den Weg der Umweltpolitik zu verfolgen. Ich glaube, viele hier am Tisch könnten persönliche Beiträge dazu leisten und im Übrigen Anekdoten und Anekdotchen beisteuern.

Mir hat sehr gut gefallen, dass Sie die Entwicklung der letzten Jahre aufgezeigt haben. Sie war zum Teil eine Erfolgsgeschichte; zum Teil hat sich die Umweltpolitik verändert. Sie haben von der Renaissance der Umweltpolitik geredet. Ich habe Sie so verstanden - ich glaube, das ist der Anspruch, den wir stellen

müssen -, dass die Umweltpolitik heute sehr wohl anders aussieht, als sie in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ausgesehen hat.

Es muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass wir entwicklungsfähig sind. Ich will einige Punkte aufgreifen, die nach wie vor aktuell sind.

Vor kurzem hatte ich die Chance, mit Ernst Ulrich von Weizsäcker ein Gespräch zu führen. Er hat einmal gesagt, das 21. Jahrhundert sei das Jahrhundert der Umweltpolitik. Das ist absolut in Ihrem Sinne. In unserem Dialog haben wir herausgearbeitet, wo wir nach wie vor Schwächen haben. Eine Schwäche liegt darin, dass wir zu stark medienbezogen arbeiten. Das darf man zwar nicht vernachlässigen, aber wir versäumen es, die medienbezogene Umweltpolitik zu integrieren. Diesen Ansatz müssen wir viel stärker als bisher verfolgen. Beispiele kennen Sie aus der Energie-, aber auch aus der Artenschutzpolitik.

Das Zweite ist die Chance, die Sie damit verbinden. Herr Juckenack, ich stimme Ihnen zu: Natürlich ist eine konsequente Ökonomisierung notwendig. Herr Bundesminister Gabriel hat deutlich gemacht, welche Chancen darin enthalten sind. Aber wir dürfen nicht allein den Weg der Ökonomisierung gehen. Denn wir wissen genau, dass gerade die Umweltbewegung nach wie vor sehr stark von altruistisch motivierten Menschen bestimmt wird. Das sind unsere natürlichen Bündnispartner mit Blick auf solche Entwicklungen. Trotzdem will ich diesen Ansatz sehr gerne stärken.

Die Chance, die ich in einer Veränderung der Umweltpolitik im Sinne eines ökonomischen Ansatzes sehe, ist, dass wir mehr in die Offensive kommen. Die Umweltpolitik wurde in der Öffentlichkeit immer als eine sehr stark auf Rechtfertigung beruhende Politik oder als Verhinderungspolitik angesehen. Es war schade, dass ihr Ansehen nicht gut war; dadurch ist manche Barriere aufgebaut worden. Ich sehe die Chance, durch die sehr konsequente Verbindung der Säulen "Soziales" und "Ökonomie" mit der Säule "Ökologie" in die Offensive zu gehen.

Der dritte Punkt, der mir in Ihrem Vortrag noch einmal deutlich geworden ist, ist: Wir dürfen Umweltpolitik nicht mehr nur als nationale Nabelschau betreiben. Wir müssen sie sehr viel mehr als bisher international ausrichten. Damit sind einerseits Chancen verbunden; andererseits haben wir die Verpflichtung, nationale Programme daraufhin abzuklopfen, ob sie international verträglich sind.

Diese drei Punkte sind für mich Bestandteile eines modernen Verständnisses einer Renaissance der Umweltpolitik im 21. Jahrhundert. Ich meine, hier sind wir in Deutschland auf einem sehr guten Weg. Ich will Herrn Gabriel darin beipflichten,

dass der Ansatz, der für die EU-Präsidentschaft und den G8-Vorsitz gewählt wurde, in die richtige Richtung führt. Die offensive strategische Ausrichtung der Umweltpolitik ist zu begrüßen.

Ich bin aus Ländersicht dankbar dafür, dass Herr Gabriel ein Bekenntnis zur Föderalismusreform abgelegt hat. Damit ist endlich die Debatte über die Behauptung beendet, in dem Moment, in dem die Länder Kompetenzen im Umweltrecht bekämen, komme es zu einem Umweltdumping. Diese Behauptung hat er heute zurückgenommen.

(Bundesminister Sigmar Gabriel [BMU]: Das habe ich auch vorher nicht behauptet!)

- Nein, Sie nicht, Herr Gabriel, aber andere. - Das hat gutgetan.

Ich möchte nicht, dass eines falsch verstanden wird: Aus der Diskussion über FFH, womit wir Länder in der Tat ein großes Problem haben, darf nicht der Schluss gezogen werden, das Thema "Biodiversität" spiele heute keine große Rolle. Das hielte ich für sehr schädlich. Wir sollten vielmehr darüber diskutieren, dass durch die Artenschutzpolitik, zu der wir gezwungen werden, eine totale Fehlallokation von Ressourcen bewirkt wird, weil es sich um eine starre, nicht auf Dynamik von natürlichen Prozessen ausgerichtete Politik handelt.

Wir investieren Millionen von Euro in eine Art; gleichzeitig verschwinden nur auf Grund der Klimaveränderung Tausende von Arten. Das entnehme ich dem WWF-Bericht über die biologische Vielfalt in den Meeren. Das meine ich, wenn ich von einer Verknüpfung der unterschiedlichen Medien spreche. Das meine ich, wenn ich die Frage stelle, ob die Allokation unserer Ressourcen richtig ist oder ob die Umweltpolitik weiterentwickelt werden muss. Das ist der einzige Grund, warum ich mich an der Debatte beteilige. Daraus darf nicht abgeleitet werden, wir würden die Verantwortung für Biodiversität und für Artenschutz hintanstellen. Ich glaube, wir alle sind uns darin einig, dass die Klimaveränderung momentan die größte Bedrohung für die Artenvielfalt ist. Dabei dürfen wir andere Faktoren natürlich nicht aus dem Auge verlieren.

Ich bin dankbar für den gewählten strategischen Ansatz. Darauf sollten wir uns in der Umweltpolitik konzentrieren. Wir werden auf der im Anschluss stattfindenden Umweltministerkonferenz noch Gelegenheit haben, darüber zu reden. Ich finde es gut, dass von verschiedener Seite deutlich gemacht worden ist, dass die Bereitschaft besteht, die wichtigen Dinge zuerst zu behandeln.

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Schönen Dank!

Ich habe noch vier weitere Wortmeldungen. Aber ich muss Ihnen der Ordnung halber mitteilen, dass Herr Bundesminister Gabriel uns in wenigen Minuten verlassen muss, weil er einen anderen Termin wahrzunehmen hat. Ich gehe davon aus, dass wir auf Grund dieser bedeutenden Zusammenkunft ein Gruppenfoto mit Herrn Professor Töpfer und Herrn Gabriel machen wollen. Insofern bleiben uns noch acht Minuten.

Frau Kollegin Gönner.

Ministerin Tanja Gönner (Baden-Württemberg): Lieber Hans-Heinrich Sander! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte drei Bemerkungen machen.

Zunächst einmal bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Professor Töpfer, sehr herzlich dafür, dass Sie gesagt haben, wenn wir über Nachhaltigkeit sprechen, müssten wir die Marktwirtschaft endlich zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft umbauen; denn nur dann könnten alle drei Bereiche der Nachhaltigkeit Berücksichtigung finden. Das bedeutet, dass wir von Nachhaltigkeit nicht nur reden, sondern tatsächlich auch danach leben.

Zweite Bemerkung. Die Renaissance der Umweltpolitik ist dadurch erkennbar, dass wir uns mitten in einer Debatte darüber befinden, die Umweltpolitik anders zu gestalten, nämlich weg vom ursprünglich ordnungsrechtlichen Verbotscharakter, der im Nachgang zu den Ereignissen, die Sie in Ihrer Zusammenfassung aufgezeigt haben, über viele Jahre bestimmend war, und hin zur Vorsorge. Das bedeutet eine Umstellung der Strukturen. Aber insbesondere dann, wenn wir über Strukturveränderungen sprechen, tun wir uns häufig schwer.

Mir fällt auf - damit komme ich zum dritten Punkt -, dass dies immer mit der Frage der Ökonomisierung der Ökologie verbunden wird. Damit laufen wir Gefahr, uns als die besseren Wirtschaftsminister darzustellen. Ich bin mir nicht sicher, ob das der einzig richtige Ansatz ist.

Ich glaube, es ist notwendig, dass die Umweltpolitik mit der Ökonomie argumentiert. Dies geschieht deswegen, um den Ökonomen klarzumachen, dass mittel- und langfristig, nicht kurzfristig gedacht wird. Dabei sollten wir Umweltpolitiker unseren Ansatz nicht vergessen. Ich meine, das ist sehr wichtig.

In diesem Zusammenhang habe ich abschließend eine Frage an Sie: Wenn wir uns mit dem Thema "Ökonomisierung" befassen, debattieren wir auch sehr intensiv

über die Frage der Technologie als Möglichkeit, bestimmte Ziele zu erreichen. Sie haben vorhin gesagt, dass in den schnell wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländern die Erkenntnis reift, dass man die Umwelt anders betrachten muss. Sie haben sodann hinzugefügt, dass sie mittlerweile auch bei uns gereift sei. Man könnte dem entnehmen, dass sie in den Schwellen- und Entwicklungsländern offensichtlich deutlich schneller reift als bei uns. Da auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern Technologie als "die" Lösung angesehen wird, habe ich die Frage, ob sie uns auch in dieser Hinsicht überholen. Haben wir die Debatte verschlafen mit der Folge, dass es uns erst langsam gelingt, Bewegung in die Sache hineinzubekommen? Verlieren wir dort an Boden, wo wir über viele Jahre hinweg führend waren, oder besteht nach wie vor die Chance, dass wir mit gutem Vorbild vorangehen können? - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Meine Damen und Herren, wir müssen die Sitzung in fünf Minuten beenden. Ich schlage vor, dass wir Herrn Professor Töpfer die Gelegenheit geben, auf einige Fragen zu antworten. Ich gehe davon aus, dass die drei Fragesteller, die noch auf meiner Rednerliste stehen, mit mir übereinstimmen.

(Minister Prof. Dr. Wolfgang Methling [Mecklenburg-Vorpommern]: Was sollen wir sonst tun? - Heiterkeit)

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie mir die Möglichkeit geben, auf Ihre Fragen zu antworten.

Herr Minister von Boetticher, mit Verlaub, diese Argumentation ist sehr statisch. Ich füge hinzu: Der tropische Regenwald wird von den Menschen, die dort leben, so lange nicht geschützt, bis es eine Struktur der Importzölle der Welt-handelsorganisation gibt, die den Export von unbearbeiteten Baumstämmen zollfrei macht. Je mehr die Stämme in diesen Ländern veredelt werden, desto höher sind die Importzölle hier. Wir reduzieren massiv die Möglichkeit, so etwas wie eine Value-added Tax auf die Rohstoffe, die dort gewonnen werden, zu erheben. Deswegen ist die Armut programmiert. Die Ökonomen sprechen von Terms of Trade.

Gehen Sie doch einmal dorthin! Ich habe mir hier oft genug die Zunge verbrannt, nicht nur in Altersradikalität. Die Altersradikalität, Herr Minister Gabriel, stellt sich immer unterschiedlich dar, je nachdem, in welchem gesellschaftlichen Umfeld sie sich entfaltet. Vielleicht führen wir darüber einmal ein Kammingespräch.

Wir müssen den Kreis schon ein bisschen weiter ziehen. Wenn wir das nicht tun, kommen wir nur zu dem Ergebnis, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Das wird aber nicht der Fall sein. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, ist, die Veränderung zu gestalten. Sonst werden wir von ihr überrollt.

Ich rede nicht wie der Blinde von der Farbe. Ich habe in diesem Lande einige Jahre lang Politik betrieben. Wir haben immer gesagt, dass wir für unsere Politik eine Mehrheit bekommen müssen. Ich habe mich jedoch stets dagegen gewandt, Politik entsprechend der letzten Meinungsumfrage zu betreiben. Wenn wir es nicht hinbekommen, das, was wir für relevant halten, mehrheitsfähig zu machen, dann haben wir ein strukturelles Problem, das wir ansprechen müssen. Ich kann das gerne in Bezug auf jedes landwirtschaftliche Produkt aufgreifen.

Ich glaube, hier müssen wir den Kreis noch weiter ziehen. Afrika exportiert nur Rohstoffe. Sprechen Sie einmal mit Herrn Museveni, dem Präsidenten von Uganda, was ich mehr als einmal tun musste! Er hat mir selber gesagt: "Wir produzieren Kaffee. Der Kaffeepreis bei uns wird immer niedriger. Wenn ich nach London komme und zu "Starbucks" gehe, stelle ich fest, dass der Kaffee immer teurer wird." - Uganda exportiert Kaffeebohnen, aber man kann in Uganda nicht eine Tasse eines Kaffees trinken, der dort geröstet worden ist. Wie wollen Sie den Menschen erklären, dass das auf Grund von Zollsystemen, die wir verteidigen, beibehalten werden kann? Ich konnte es nicht erklären. Aber ich habe es zumindest aufgegriffen.

Auf Grund des Gesprächs, das ich verfolgen durfte, erinnere ich mich daran, dass ich etwas leichtfertig gesagt habe: Wenn Du zurückkommst, ergeht es dir wie einem kleinen Kind: du fremdelst. - Viele Dinge muss man neu einordnen; das gebe ich gerne zu. Das ist notwendig, das ist Ihre zentrale Aufgabe. Aber die eine oder andere Stelle muss man vielleicht auch einmal von einem anderen Punkt her beleuchten; denn 99 % der Menschen leben nicht in Deutschland, sondern in Kenia, in China oder wo auch immer. Deswegen bin ich der Meinung, die strukturellen Dinge müssen zusammenkommen.

Herr Juckenack, wenn Sie eine Zeit lang in Afrika Politik machen, haben Sie das Thema "Gutmensch" sehr bald vergessen. Ich habe das Motto von UNEP geändert. Darüber gab es breite Diskussionen gerade mit Umweltverbänden. Das Motto, das mein guter Freund Achim Steiner bis heute nicht verändert hat, lautet: Environment for Development. - Das betrifft die Frage der Ökologisierung, die uns natürlich gewaltige Schwierigkeiten macht.



Argumentiere ich in Deutschland, würde ich einen Riesenfehler machen, wenn ich nicht die andere, für mich bedeutsamere Argumentation in den Vordergrund stellte. Aber ich kann in Afrika nicht sagen: "Ihr müsst die Vielfalt der Schöpfung erhalten." - Das weiß man dort viel besser als hier. Denn dort leben die Menschen mehr in der Natur als wir. Wir haben uns von der Natur abgekoppelt. Wir bauen uns Tropenschwimmbäder mit Wellen. - Das darf ich nicht mehr erwähnen; sonst bekomme ich Ärger mit Herrn Schnappauf.

Wo ist das Problem, wenn es bei uns nicht mehr schneit? Ich war grüner Botschafter für die Olympischen Spiele in Turin. Das Einzige, was dort ärgerlich war, war Schneefall. Das war televisionmäßig nicht einplanbar. Bei der Winterolympiade wäre man glücklich gewesen, wenn man keinen Schneefall gehabt hätte. Und dann lachen wir über Indoorskiing in Dubai!

Alles dies ist eine Abkoppelung von Natur durch Technik. Ich habe durchaus Verständnis dafür. Nur, man muss dazusagen, welche indirekten Kosten damit verbunden sind.

Ich will die Umweltfragen weiß Gott nicht auf die Technik reduzieren. Ich habe von Verhaltensänderungen gesprochen. Wir werden unsere Verbrauchsstrukturen nicht erhalten können, wenn wir weiterhin friedlich auf diesem Planeten leben wollen. Das hat nichts mit technischen Veränderungen, sondern mit Veränderungen in unseren Köpfen zu tun. Ich weiß, es ist einfach, das hier zu sagen. Wie viele landwirtschaftliche Veranstaltungen durfte ich bestreiten! Damals ging es immer um die Frage: "Ihr müsst mehr Natur produzieren. Dafür sollte bezahlt werden. Wir betreiben Vertragsnaturschutz."

Dass bei der Biomasse so viel Dynamik im Spiel ist, hat nichts mit dem Klimawandel zu tun, sondern es wird Druck aus dem ländlichen Raum ausgeübt. Auch die Windenergie hat sich auf Druck aus dem ländlichen Raum hin entwickelt. Wir hatten immer ein Problem, als wir gesagt haben: "Wir schaffen neue Erwerbsquellen für Menschen aus dem ländlichen Raum." - Ich bin der Meinung, sie sollten lieber Energie als Zucker erzeugen; denn Zucker kann anderswo besser erzeugt werden. Dann bekommt man dort bessere Preise, und man wird zusätzlich besser mit der Umwelt umgehen. Wenn ich den Bauern nicht sage, was sie alternativ tun können, darf ich mich nicht wundern, dass sie auf die Straße gehen, wenn ich ihnen etwas wegnehmen will.

Was wir in der Frage von Emissionsrechten getan haben, erinnert mich massiv an unsere Erfahrungen mit der Milchquote. Wenn Sie einem Bauern eine Milch-

quote geben, kann er doch die Frage stellen: "Produziere ich selbst, oder verkaufe ich die Milchquote?" - Ich will nicht fragen, wie viele Bauern in Schleswig-Holstein ihre Milchquote verkauft haben. Von daher schaffen wir andere Rechtsgrundlagen, die mit ökonomischen Konsequenzen verbunden sind. Das ist ein interessantes Thema, über das ich gerne lange sprechen würde.

Ich will jedoch zum Abschluss kommen, obwohl ich noch weitere Fragen zu beantworten hätte. Aber ich habe mich bemüht, auf das Gros Ihrer Stellungnahmen einzugehen. Ich will mich nicht allzu sehr in die deutsche Diskussion einbinden; dazu fremdele ich noch zu sehr, Frau Conrad.

Ein altes Thema ist, dass viele die Qualität von Umwelt vom Input her beurteilen. Sie fragen: "Wie groß ist das Volumen deines Budgets?" - Hatte man weniger, wurde gesagt: "Da kannst du mal sehen, wie wenig die Umwelt hier gilt." - Ich war zeitlebens darum bemüht zu sagen: "Je mehr ich habe, desto mehr bin ich gescheitert, weil ich die Verursacher nicht verantwortlich gemacht habe."

(Staatsministerin Margit Conrad [Rheinland-Pfalz]: Die haben immer gesagt: Das sind Reparaturmittel!)

- Ja. - Das hat mich bei den Medien, die Sie nicht gemeint haben, in enorme Schwierigkeiten gebracht. Wir müssen in diesen Bereichen grenzüberschreitend arbeiten. Auch international haben wir unendlich viele segmentierte Antworten auf aktuelle Probleme gegeben.

Die Baseler Konvention ist nur denkbar gewesen im Zusammenhang mit dem Skandal wegen der Müllexporte nach Osteuropa nach dem Fall der Mauer. Darüber könnte man ein Buch schreiben. Es ist eindeutig, dass die POPs-Convention und die PIC-Convention mit der Lagerung von ausgedienten Pestiziden in Afrika zu tun haben. Dass sich dies alles überschneidet und dass wir es im Zusammenhang mit Artenvielfalt und mit dem Klimawandel sehen müssen, ist absolut richtig.

Dabei muss man immer deutlich machen: Auch für die Umweltpolitik gilt das ökonomische Prinzip. Es bedeutet, dass man mit gegebenen Mitteln möglichst viel machen soll. Man kann nicht nach beiden Seiten hin optimieren, habe ich im Studium gelernt. Man kann nicht mit möglichst wenigen Mitteln möglichst viel machen. Wenn du etwas machen willst, dann mache es zu möglichst geringen Kosten; hast du gegebene Mittel, solltest du möglichst viel damit machen. Es hat, nebenbei gesagt, nichts mit Ökonomisierung, sondern nur mit Verhaltensweisen zu tun.

Herzlichen Dank, dass Sie mir mein Fremdeln verzeihen und mir helfen, es schneller zu überwinden. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Herr Professor Töpfer, noch einmal herzlichen Dank!



**TOP 4:**

---

Verschiedenes

Vorsitzender Minister Hans-Heinrich Sander (Niedersachsen): Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir keine Wortmeldungen vor.

Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Stenografischen Dienst:

gez. Luck

Sekretär des Ausschusses:

gez. Hoffmann